

Hintergrundpapier zum Monitoring der Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt in Nordrhein-Westfalen

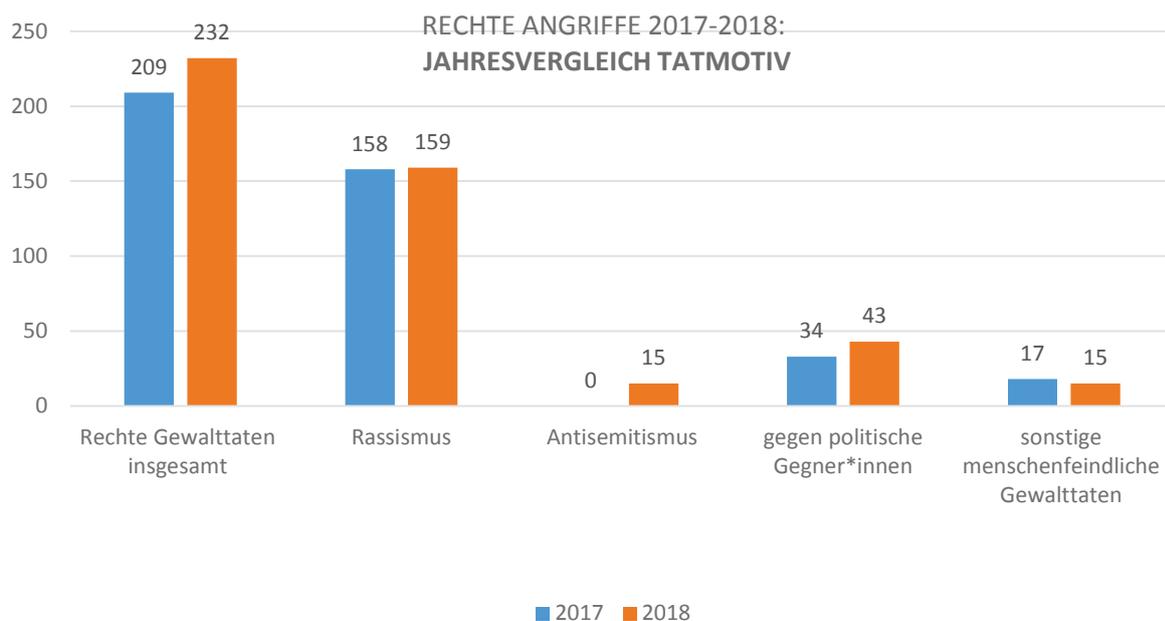
Ergebnisse, Grafiken und Chronikbeispiele:

BackUp und die Opferberatung Rheinland (OBR) erheben seit 2017 gemeinsam Daten für ein unabhängiges Monitoring rechter Gewalttaten in Nordrhein-Westfalen.

Anstieg rechter Angriffsfälle:

Für das Jahr 2018 wurden den beiden Beratungsstellen insgesamt 232 rechte Angriffe bekannt – dies ist ein Anstieg um 11 % gegenüber dem Vorjahr (2017: 209 Angriffe). Das Ausmaß der Gewalt liegt zwar deutlich unter dem Niveau von 2015 und 2016 (die OBR registrierte für diese Jahre 280 bzw. 338 Angriffe in NRW), die erneute Zunahme 2018 zeigt aber, dass es keinen abnehmenden Trend gibt und rechte Gewalt in NRW weiterhin ein erhebliches Problem darstellt.

Ein Angriff richtet sich häufig nicht nur gegen eine, sondern gegen mehrere Personen. So waren 2018 mindestens 318 Menschen direkt von rechter Gewalt betroffen (2017: 284).



Rassismus, Antisemitismus und Gewalt gegen politische Gegner*innen:

Im Vergleich zum Vorjahr sind 2018 rassistisch und antisemitisch motivierte Gewalt sowie die Gewalt gegen (vermeintliche) politische Gegner*innen gestiegen. Auffallend sind die Veränderungen bei antisemitischen Angriffen: Während den Beratungsstellen 2017 keine Angriffe bekannt wurden, sind für 2018 insgesamt 15 antisemitisch motivierte Angriffe dokumentiert.

So wurde in Dortmund Ende Juni 2018 ein 26-jähriger jüdischer Mann mehrfach von bekannten Neonazis angegriffen. Dabei wurde er mit der Faust geschlagen, geschubst und immer wieder antisemitisch beleidigt. Die Täter zeigten dabei auch mehrfach den sogenannten Hitlergruß.

Ein anderes Beispiel: Am 11.07.2018 wurde ein Wissenschaftler im Bonner Hofgarten von einem 20-Jährigen wegen seiner Kippa angesprochen, beleidigt, geschubst und gegen die Schulter geschlagen.

Für öffentliches Aufsehen sorgte der Fall insbesondere, weil die alarmierte Polizei den Angegriffenen irrtümlich für den Täter hielt, ihn überwältigte und dabei schlug.

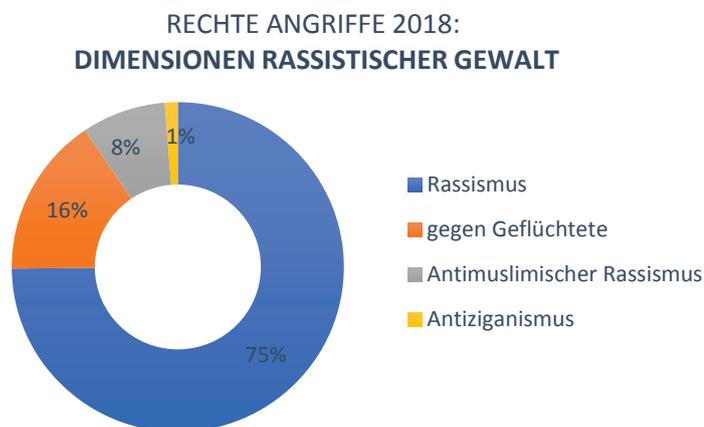
Die Gewalt gegen politische Gegner*innen erhöhte sich 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 26%. Betroffen sind Menschen die aufgrund ihrer (vermuteten) politischen Einstellung oder ihres gesellschaftlichen Engagements angegriffen werden, darunter auch Journalist*innen und Politiker*innen. Ein Viertel der Gewalttaten wurde bei oder im Umfeld von Aufmärschen extrem rechter Gruppen registriert:

*So wurden am 14.04.2018 nach einer rechten Großdemonstration, abreisende Gegen-Demonstrant*innen im Regionalzug von Dortmund nach Witten von Neonazis attackiert und mit Flaschen beworfen. Auch unbeteiligte Fahrgäste hielten sich in dem Zugabteil auf.*

*Ein weiteres Beispiel: Mehrere Personen wurden bei einer Demonstration der extremen Rechten in Düsseldorf am 17.11.2018 angegriffen. Das Bündnis „Düsseldorf stellt sich quer“ meldete zwei schwer verletzte Personen aus den Reihen der Gegendemonstrant*innen, insgesamt wurden eine einfache und drei gefährliche Körperverletzungen registriert.*

Rassismus ist das häufigste Tatmotiv:

Rassismus ist seit Jahren das häufigste Tatmotiv rechter Gewalt in NRW und ist 2018 gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Insgesamt liegt bei 69% aller Angriffe ein rassistisches Tatmotiv vor. Betroffen sind Menschen, die seit Jahren, Jahrzehnten oder Generationen ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Teilweise werden sie wegen ihrer (vermuteten) Herkunft angegriffen, teilweise wegen ihrer (vermuteten) Religion. Die rassistisch motivierte Gewalt trifft überdies Geflüchtete und Rom*nija.



Einige Beispiele:

Ein aus Afghanistan geflüchteter Mann wurde am 17.02.2018 in Köln von drei Männern unter einem Vorwand in ein nahegelegenes Waldstück gelockt, dort geschlagen und mit einem Kabel gewürgt. Ein Passant entdeckte den Verletzten, alarmierte die Polizei und erstattete später Anzeige. Die Täter blieben unbekannt.

Am Abend (19.04.2018) wurden drei Männer am Dortmund-Ems-Kanal von einer Gruppe Rechtsextremer rassistisch beleidigt und angegriffen. Als die drei Männer zu flüchten versuchten, wurden sie mit einem Absperrpfosten beworfen und von den teils mit Stöcken bewaffneten Angreifern verfolgt. Dabei stürzte einer der drei Verfolgten, der daraufhin getreten und geschlagen wurde.

„Ist das hier eine islamische Praxis?“ – mit dieser Frage bedrohte ein 56-Jähriger am 05.07.2018 Personal und Patient*innen in einer Arztpraxis in Mönchengladbach mit einem großen Messer. Der Angreifer war zuvor als Vertretungspatient in der Praxis gewesen. Er wurde von drei Patienten niedergedrungen, dabei erlitt einer der Helfer mehrere leichte Schnittwunden.

Am frühen Sonntagabend (02.09.2018) wurden zwei Frauen mit Kinderwagen von einer Unbekannten auf einem öffentlichen Platz in Dortmund rassistisch beleidigt und mit einer Bierdose attackiert. Eine 19-Jährige, die zu Hilfe kam und sich dazwischen stellte, wurde von der Angreiferin bespuckt und geschlagen.

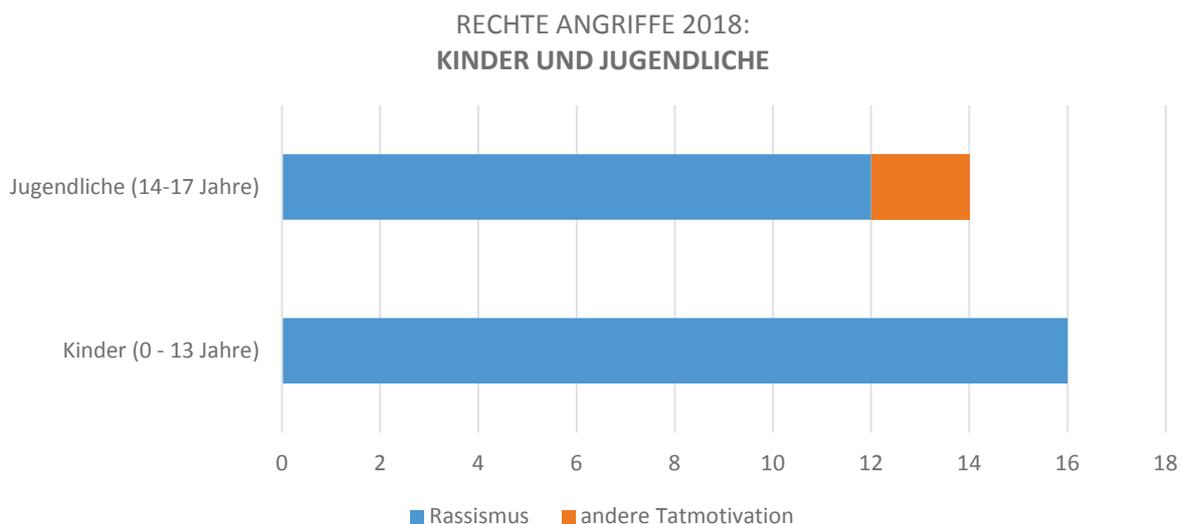
Am 30.11.2018 wurde ein 28-jähriger Düsseldorfer in einer U-Bahn von sechs Männern rassistisch beleidigt und unvermittelt mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Nachdem Mitreisende sich eingemischt hatten und dem Angegriffenen zu Hilfe gekommen waren, verließen die Täter die Bahn.

Kinder und Jugendliche als Betroffene rechter Gewalt:

Unter den 318 Betroffenen befinden sich insgesamt 16 Kinder und 14 Jugendliche, das heißt fast 10% aller Betroffenen sind unter 18 Jahre alt. Mit zwei Ausnahmen handelt es sich in all diesen Fällen um rassistisch motivierte Gewalttaten. Die Taten richten sich dabei zum Teil direkt gegen die Minderjährigen, zu einem anderen Teil wird die Gewalt gegen Kinder und Jugendliche von den Täter*innen leichtfertig in Kauf genommen, wie die zwei folgenden Beispiele erläutern:

Am 29.08.2018 wird ein 17-jähriger Geflüchteter in Altena von drei Männern zunächst rassistisch beleidigt und anschließend mit einer Bierflasche im Gesicht verletzt.

Bei einer Brandstiftung auf das Lebensmittelgeschäft eines Syrers, am 14.05.2018 in Wetter, mussten sich sechs Erwachsene und drei Kinder aus ihren Wohnungen retten. Dabei musste ein 11-jähriges Mädchen mit dem Verdacht einer Rauchgasvergiftung in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Kurz vor dem Anschlag hatten Unbekannte auf eine Infotafel direkt vor dem Geschäft das Wort „Islamisierung“ geklebt.



Grundlagen des Monitorings rechter Gewalt

Das unabhängige Monitoring zählt zu den Kernaufgaben der auf rechte Gewalttaten spezialisierten Beratungsstellen und basiert auf den gemeinsamen Qualitätsstandards und Erfassungskriterien der im Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) organisierten Beratungsstellen. Die Erfassungskriterien orientieren sich an dem bundeseinheitlichen polizeilichen Definitionssystem der „politisch motivierten Kriminalität rechts“ (PMK-rechts).

Berücksichtigung finden die folgenden Tatmotive: Rassismus (darunter antimuslimischer Rassismus, Antiziganismus/Antiromaismus, Gewalt gegen Geflüchtete), Antisemitismus, LSBTIQ*feindliche Gewalt, Sozialdarwinismus, Ableismus, Gewalt gegen Nicht-Rechte oder Alternative sowie Gewalt gegen politische Gegner*innen (darunter z. B. auch gegen Journalist*innen und politische Verantwortungsträger*innen).

Differenzen zwischen den Zahlen der Ermittlungsbehörden und der Beratungsstellen können sich zum einen aus unterschiedlichen Bewertungen und Einschätzungen der Tathintergründe ergeben, bei denen insbesondere die Sicht der Betroffenen berücksichtigt wird. Zum anderen dokumentieren die Beratungsstellen nach sorgfältiger Prüfung der Tatmotivation auch Fälle, die nicht zur Anzeige gebracht wurden. In Einzelfällen werden darüber hinaus auch Bedrohungen/Nötigungen und Sachbeschädigungen dokumentiert, sofern diese mit schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen verbunden sind. Hinweise auf ein politisch rechtes Motiv ergeben sich durch den Tatkontext, die Art und Weise des Tatgeschehens, Äußerungen der Täter*innen, szenetypische Kleidung oder die Organisierung in extrem rechten Gruppierungen. Vor allem die Perspektive der Betroffenen ist in diesem Prozess stets zu beachten.

Die im Monitoring erhobenen Daten basieren auf Antworten zu parlamentarischen Anfragen, Pressemitteilungen der Polizei und entsprechenden Rückfragen bei Ermittlungsbehörden, Medienberichten sowie Angaben von direkt und indirekt Betroffenen, Angehörigen, Freund*innen und Kooperationspartner*innen. Eine Aufnahme in die statistische Auswertung erfolgt nur bei ausreichendem Informationsgehalt, der eine eindeutige Verifizierung des Falls zulässt.

Informationen zu BackUp und OBR

Seit rund sieben Jahren gibt es in NRW spezialisierte Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer menschenfeindlich motivierter Gewalt: Seit Ende 2011 bietet BackUp mit Sitz in Dortmund Beratung und Unterstützung für Betroffene in Westfalen-Lippe an, die Opferberatung Rheinland (OBR) mit Sitz in Düsseldorf hat Mitte 2012 ihre Arbeit für Betroffene in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln aufgenommen. Mittlerweile haben beide Beratungsstellen rund 750 von Gewalt betroffene Menschen in einem zumeist lang andauernden Beratungsprozess unterstützt und begleitet.

Opferberatung Rheinland & BackUp
Düsseldorf & Dortmund, 02.04.2019

